

Quelle: lazarus.at/2023/02/01/pflegekrise-gesundheitsversorgung-sichern-durch-bildung-und-mehr-rechtliche-kompetenz

Pflegekrise: Gesundheitsversorgung sichern durch Bildung und mehr rechtliche Kompetenz

✘ Am 31. Januar 2023 diskutierten DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein, Prof. Annette Grütters-Kieslich (Charité Berlin) sowie DBfK-Geschäftsführerin Dr. Bernadette Klapper mit Verantwortlichen aus Bundestag und Gesundheitsministerium über die Zukunft der Gesundheitsversorgung und Lösungsansätze, um der Pflegekrise entgegen zu treten.



„In Deutschland fehlen schon jetzt mindestens 100.000 Pflegende und der Mangel wird sich bis 2030 voraussichtlich noch verdoppeln“, warnte Christel Bienstein. „Die Pflegekrise ist bereits Realität in allen pflegerischen Bereichen. Um die Versorgung zu sichern, müssen wir sie neu denken und zwar mit mehr hochschulisch ausgebildeten Pflegefachpersonen. Investitionen in Pflegebildung sind ein Muss auf diesem Weg.“

Annette Grütters-Kieslich unterstrich, dass die hochschulische Pflegebildung ein Schlüssel zur Lösung des Problems sei: „Wir benötigen dringend einen nationalen Masterplan für die Pflege und damit für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Der Personalmangel in den Pflegeberufen führt schon heute zu quantitativen und qualitativen Versorgungslücken. Im internationalen Vergleich

sehen wir, dass insbesondere hochschulisch ausgebildete Pflegefachpersonen eine tragende Rolle auch in der patientennahen Versorgung übernehmen.“

Pflege-Studiengänge müssen ausgebaut und gefördert werden

Die erweiterten Kompetenzen, die in Bachelor- und Masterstudiengängen erworben werden, würden sowohl durch die immer komplexer werdenden Anforderungen in der Akut- und Langzeitpflege als auch in der zu stärkenden Primärversorgung dringend gebraucht.

„In der Primärversorgung werden wir in Zukunft auf Masterniveau ausgebildete Community Health Nurses brauchen: für nachhaltige Prävention, für die Begleitung pflegender Familien und zur Sicherung der medizinischen Grundversorgung vor allem im ländlichen Raum“, ergänzte Bernadette Klapper. Dafür müssten die Studiengänge ausgebaut und gefördert werden.



Symbolfoto: PMU Salzburg, 2018

Annette Grütters-Kieslich sieht einen wesentlichen Grund für die Pflegekrise darin, dass Aus- und Weiterbildung vernachlässigt wurden. Investitionen in Pflegebildung und vor allem den Ausbau der Pflegestudiengänge seien daher auch notwendig, um dem Personalmangel wirksam entgegen zu treten. „Es ist unwahrscheinlich, dass die Attraktivität der Pflegeberufe ohne eine stärkere Akademisierung deutlich verbessert wird. In den Nachbarländern mit mehr akademisch ausgebildeten Pflegefachpersonen findet eine deutlich stärkere interprofessionelle Zusammenarbeit auf Augenhöhe statt.“ Dies mache den Beruf

auch für Interessierte mit Hochschulzugangsberichtigung attraktiver, die in Deutschland einen großen Teil der Schulabgänger:innen ausmachen.

Erweiterung durch heilkundliche Kompetenzen

Neben dem Ausbau der Studiengänge komme es darauf an, dass die hochausgebildeten Pflegefachpersonen ihre Kompetenzen im beruflichen Alltag dann auch einsetzen dürfen. „Damit die Expertise der Profession Pflege wirklich zum Tragen kommen kann, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört, dass Pflegefachpersonen Heilkunde ausüben und eigenständig Pflegebedarfe feststellen dürfen. Dafür benötigen wir durchgehende Bildungswege von der Assistenz bis zur Professur, die Karrierewege eröffnen und so Kolleg*innen im Beruf halten und neue ansprechen“, sagte DBfK-Präsidentin Bienstein. Grütters-Kieslich ergänzte: „Es sind grundlegende Reformen notwendig, damit die Gesundheitsversorgung sichergestellt werden kann.“

In diese Reformprozesse müsse die Profession Pflege gleichberechtigt und gestaltend einbezogen werden. „Für diese grundlegenden Reformen brauchen wir Ihren Mut“, schloss Bienstein.